



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**19. Sitzung des Bauausschusses**

Sitzungstermin:	Montag, 02.09.2024	
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr	
Sitzungsende:	19:00 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Dr. Ulrich Brock - CDU		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Kristin Blankenburg - SPD & FW		
Julian Lange - SPD & FW		
Sascha Luetkens - LINKE & GAL		
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Jörn Twesten - AfD		
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Jan Ingwersen - CDU	Bis TOP 13, Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz	
Ruben Meyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Silke Mählenhoff Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	
Günther Frings - Unabhängige Volt-PARTEI	Vertretung für: Herrn Claas Lamaack	
Ulrich Pluschkell - SPD & FW	Bis TOP 3.3	
Oliver Prieur - CDU	Bis TOP 13	
Holger Schöler - SPD & FW		
Jörg Sellerbeck - CDU	Bis TOP 13.3	
Dan Teschner - FDP		
Klaudia Kohlfaerber - SPD & FW	Ab TOP 3.3 als Vertretung für Herrn Pluschkell	
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Kerstin Metzner - Beirat für Senior:innen	Nur öffentlicher Teil	
<b>Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion</b>		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender		

<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	Bis TOP 3.3
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	Bis TOP 3.3
Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	Bis TOP 3.3
Dirk Dreilich - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Mirjana Kayser - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Wieland Kuhn - 5.060 Fachbereichscontrolling	Bis TOP 3.3
Frank Schröder - 4.401 Schule und Sport	
Dierk Wallenzik - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
<b>Protokollführung</b>	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Jochen Mauritz - CDU	Entschuldigt abwesend
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	Entschuldigt abwesend
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Claas Lamaack - Unabhängige Volt-PARTEI	Abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2024	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.07.2024	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung).	<b>VO/2024/12987</b>
3.2	Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolater Gehwegflächen in den Stadtteilen Karlshof und Israelsdorf im Zuge des Breitbandausbaus	<b>VO/2024/13422</b>
3.3	Haushalt 2025	<b>VO/2024/13494</b>
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	Beirat für Senior:innen: Sozialer Wohnungsbau	<b>VO/2023/12062</b>
4.1.1	ÄA AM Pluschkell: Kurswechsel in der Wohnungspolitik	<b>VO/2023/12223</b>
5	Berichte	
5.1	Fortschreibung des Berichtes zu Lübecker Kunstrasenplätzen aus dem Jahr 2018	<b>VO/2024/13359</b>
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Bushaltestelle St. Hubertus	
6.1.2	Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Auswirkungen der Sperrung der Mühlentorbrücke auf den ÖPNV	
6.1.3	Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Satzung zu Ferienwohnungen in der Altstadt	
6.1.4	Antwort auf die Anfrage des AM Mauritz (CDU): Protokolle der Unfallkommission	

6.1.5	Antwort auf die Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) zur Städtebaulichen Gesamtmaßnahme Nordwest	<b>VO/2024/13369</b>
6.1.6	Antwort auf die Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) zu Stelen in der Jürgen-Wullenwever-Straße	<b>VO/2024/13368</b>
6.1.7	Antwort auf die Anfrage des AM Lange (SPD & FW): Anwohnerparksituation in der Goebenstraße	
6.1.8	Antwort auf die Anfrage des AM Mauritz (CDU): Parkproblematik Sportplatz Kronsforde	
6.1.9	Antwort auf die Anfrage des AM Kristin Blankenburg (SPD & FW): Anfrage zu Markierungsstreifen bei Parkflächen in Wohngebieten	<b>VO/2024/13271</b>
6.1.10	Antwort auf die Anfrage des AM Jochen Mauritz: Schulwegsicherheit Grundschule Lübeck-Niendorf / Niendorfer Hauptstraße 17-21	<b>VO/2024/13225</b>
6.1.11	Antwort auf die Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Parkverbote Lämmerstieg und Schwalbenweg	
6.1.12	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Regenentwässerung Schleusenstraße	
6.1.13	Antwort auf die Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) zu Parkplätzen in der Fisch- und Braunstraße	<b>VO/2024/13355</b>
6.1.14	Antwort auf die Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Ersatzneubau Geh- und Radwegbrücke Dornbreite	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Tourismusentwicklungskonzept	
6.2.2	Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Hotelentwicklung aus städtebaulicher Sicht	
6.2.3	Anfrage des AM Wisotzki (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): PV-Anlagen in B-Plangebieten	
6.2.4	Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Radwege in der Roeckstraße und Jürgen-Wullenweverstraße	
6.2.5	Anfrage des AM Sellerbeck (CDU): Parkhaus auf der Mittleren Wallhalbhinsel	
6.2.6	Anfrage des AM Ingwersen (CDU): Sachstand Ringstraße Travemünde	
6.2.7	Anfrage des AM Ingwersen (CDU): Sachstand 2. Anbindung Travemünde	

6.2.8	Anfrage des AM Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bericht zum Verkehrsversuch	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Sitzungstermine Bauausschuss 2025	<b>VO/2024/13460</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Christopher Lötsch: Einplanung Sanierung Wesloer Straße in 2025	<b>VO/2024/13202</b>
7.2	Antrag des AM Claas Lamaack (Unabhängige Volt-PAR- TEI): Prüfung zur Einführung eines Park and Ride Konzepts für Travemünde während der Hauptsaison	<b>VO/2024/13440</b>
7.3	Dringlichkeitsantrag Fraktion SPD & FW: Änderung des B- Plans 32.41.00 Moorredder / Fehlingstraße	<b>VO/2024/13534</b>
7.4	Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt- PARTEI): Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet Glashüttenweg 33-35	<b>VO/2024/13508</b>
7.5	Antrag des AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes im Stadt- teil Travemünde	<b>VO/2024/13509</b>
7.6	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Grundsatzbeschluss Monitoring	<b>VO/2024/13531</b>
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 7.6      AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag  
Grundsatzbeschluss Monitoring (VO/2024/1351)

Der Vorsitzende beantragt, TOP 7.6 im Wege der Dringlichkeit zu behandeln.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagenerforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

AM Pluschkell beantragt, da Thema unter TOP 7.4 auch im nichtöffentlichen Teil aufzurufen.

Der Vorsitzende erklärt, das Thema noch unter TOP 13 im nichtöffentlichen Teil aufzurufen.

Der Vorsitzende berichtet, dass die SPD TOP 3.1 vertagen wolle und die CDU dies mitgehen wolle, aber er auch darum bitten würde, dass die Verwaltung nochmal die Angaben der Vorlage überprüft, da zwischenzeitlich eine neue Landesbauordnung erlassen worden sei, in der sich einige Regelungen geändert haben. Er beantragt eine Vertagung auf die übernächste Sitzung mit der Maßgabe, dass die Verwaltung die Angaben überprüfen solle.

Herr Schröder weist darauf hin, dass er nicht ermessen könne, ob sich daraus eine Anpassung ergeben würde, die Verwaltung dies aber natürlich überprüfen werden würde.

*Der Bauausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.*

Der Vorsitzende erklärt, dass es noch keine Informationen seitens des Landes zur Ausgestaltung der Wohnungsförderung gebe und beantragt daher eine Vertagung von TOP 4.1 und TOP 4.1.1 bis eine Handlungsempfehlung der Verwaltung zu dem Thema des geförderten Wohnungsbaus vorliege.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Unterlagen unter TOP 7.3 den Ausschussmitgliedern nicht rechtzeitig zur Sitzung zugeliefert werden konnten und beantragt eine Vertagung.

*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.*

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

**zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2024**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.07.2024**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 3 Beschlussvorlagen**

**zu 3.1 Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung).  
Vorlage: VO/2024/12987**

*Gemäß TOP 1 vertagt.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolater Gehwegflächen in den Stadtteilen Karlshof und Israelsdorf im Zuge des Breitbandausbaus  
Vorlage: VO/2024/13422**

Zu diesem TOP reden, teilweise mit mehreren Wortmeldungen, AM Wisotzki, Senatorin Hagen, der Vorsitzende, AM Teschner, Frau Kayser, AM Ramcke und AM Prieur.

## Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt sich beim Breitbandausbau in den Stadtteilen Karlshof und Israelsdorf an der Erneuerung von Beleuchtungsstandorten und der Sanierung von Gehwegflächen zu beteiligen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

<b>zu 3.3    Haushalt 2025</b> <b>Vorlage: VO/2024/13494</b>
---

Senatorin Hagen leitet in die Debatte zum Haushalt 2025 ein.

Die Vorstellung des Haushalt 2025 erfolgt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Kuhn gibt anhand der Folien 43-45 eine Übersicht zum Haushalt 2025 aus der Sicht des Fachbereichs Planen und Bauen. Er erklärt die wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr und weist auf die Schwerpunkte bei den Stellenveränderungen hin.

AM Pluschkell erkundigt sich zum vorletzten Punkt der Folie 44, ob damit eine Erhöhung der Kosten im Vergleich zum Vorjahr gemeint sei.

Herr Kuhn bejaht dies.

BM Dr. Flasbarth fragt, wofür vier neue Stellen für die Leitstelle für Verkehrsflussmanagement benötigt werden.

Herr Kuhn antwortet, dass die Leitstelle neue Aufgaben übernehme und sich noch im Aufbau befinde.

Senatorin Hagen weist auf den Beschluss der Bürgerschaft zum Projekt VIAA hin. Die Gründe könnten der Vorlage VO/2024/13077 entnommen werden.

Herr Uhlig führt in den Investiven Haushalt ein. Er schlägt vor, sortiert nach den Maßnahmen den Haushalt zu diskutieren und stellt anhand der Folien 19-23 einige allgemeine Informationen zum investiven Haushalt vor.

BM Dr. Flasbarth möchte zur Folie 19 wissen, wie die Prognose bis 2028 zustande komme.

Herr Uhlig erläutert, dass die Folie darstellen solle, wie viele Mittel tatsächlich ausgegeben werden würden. Über die vergangenen Jahre sei der Mitteleinsatz recht konstant gewesen und die Verwaltung hoffe, dass sich dies für die nächsten Jahre so stabilisiere. Die Verwaltung sei in der Umsetzung aber durch diverse Faktoren begrenzt.

Der Vorsitzende fragt, ob es sich bei den Zahlen auf Folie 19 nur um Zahlen des Fachbereich Planen und Bauen handle.

Herr Uhlig sagt, dass dies die Zahlen für die komplette Verwaltung seien.

Der Vorsitzende erkundigt sich zur Folie 22, ob es sich bei der Darstellung um die neu aufgenommenen Kassenkredite des jeweiligen Jahrs handle.

Herr Uhlig verneint dies, bei der Darstellung handle es sich um den Bestand, der im jeweiligen Jahr am 31.12. in der Bilanz ausgewiesen werde.

Herr Uhlig stellt das gesamte Investitionsvolumen anhand der Folie 10 der Präsentation dar. Er sagt zu, dass die Folien zusammen mit dem Protokoll der Sitzung den Bauausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

BM Dr. Flasbarth bemerkt, dass das reale Investitionsvolumen sinke und die Stadt Kiel deutlich höhere Investitionen plane, daher wolle er wissen, warum die Hansestadt Lübeck nicht mit höheren Investitionen plane.

Herr Uhlig weist auf die Folie 19 mit den Darstellungen der Umsetzungsvolumina hin, die er eingangs gezeigt habe. Die Verwaltung plane mit mehr Maßnahmen als sie umsetzen könne; gesamt sei das Volumen aller geplanten Maßnahmen bei ca. 110 Mio. Euro. Die Stadt sei auch durch die Kreditermächtigungen eingebremst. Die letzten Jahre hätte der Stadt immer ein Kreditvolumen von 70-75 Mio. Euro zur Verfügung gestanden.

AM Wisotzki konstatiert, dass 10 Mio. Euro vor 10 Jahren einen anderen realen Wert gehabt hätten als heutzutage, das reale Volumen sinke also kontinuierlich, obwohl kein Personal abgebaut werde.

Herr Uhlig erklärt, dass es sich bei den Darstellungen um das handle, was in den letzten Jahren real in der Stadt umgesetzt werden konnte. Der limitierende Faktor sei der maximale Kreditrahmen.

Der Vorsitzende sagt, dass mit einer gleichbleibenden Summe geplant werde, obwohl bekannt sei, dass wir jährliche Kostensteigerungen hätten, und in der Folge in der Zukunft weniger Projekte realisiert werden könnten. Ihm stelle sich daher die Frage, warum dann nicht mit höheren Ansätzen geplant werde.

Herr Uhlig antwortet, dass es sich auf der einen Seite aus dem realistisch vorstellbaren Gesamtbudget ergebe, sowie aus der Frage, welche Kredite aufgenommen werden könnten, ohne der Verschuldung einen Push nach oben zu geben und auf der anderen Seite aus den Planungen der einzelnen Maßnahmen und Projekte, die hinter den Oberbegriffen stünden.

BM Dr. Flasbarth möchte Frau Senatorin Hagen um eine Einschätzung bitten, wie sie den Umstand bewerte, dass die Stadt Kiel es schaffe, 40% mehr zu investieren und ob das Budget gesteigert oder konstant gehalten werden solle.

Senatorin Hagen führt aus, dass die Verwaltung realistisch planen und möglichst viele Projekte im Haushalt verankern wolle. Wenn einige Planungen nicht ganz auskömmlich seien, würden diese unterjährig ausgesteuert werden, da es erfahrungsgemäß immer Einzelprojekte gäbe, die nicht wie geplant umgesetzt werden können. Sie warne davor, die Haushalte der Hansestadt Lübeck und der Stadt Kiel nur anhand des Investitionsvolumens zu vergleichen, diese müssten genau verglichen werden, um keine falschen Schlüsse zu ziehen. Es sei beispielsweise unbekannt, wie viel Bedeutung die Stadt Kiel der 60%-Umsetzungsquote beimesse; die Hansestadt Lübeck gehe damit nämlich sehr restriktiv um und rechne die Haushaltsreste des Vorjahres ein, damit das Delta zwischen Planung und tatsächlicher Umsetzung möglichst gering sei.

Der Vorsitzende bittet darum, die Fragen zu bündeln und erst nach der Präsentation zu stellen.

AM Ramcke fragt, welche Projekte, ausgehend vom letzten Haushalt, geschoben worden seien.

Senatorin Hagen entgegnet, dass sie dies nicht beantworten könne, ein solches Berichtswesen gebe es nicht.

Der Vorsitzende fragt, ob eine Liste an Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden könne, die nicht in den Haushalt aufgenommen worden seien.

Senatorin Hagen antwortet, dass es keine Streichliste gebe, sondern nur einen Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich baufachlicher Notwendigkeit und Priorität.

Der Vorsitzende entgegnet, dass es Maßnahmen geben müsse, die nicht in den Haushalt übernommen worden seien.

Herr Uhlig führt aus, dass es im Vorbericht zum Haushalt ab Seite 68 eine Investitionsliste gebe, die auch zur Verfügung gestellt werden könne. Könne ein Projekt nicht umgesetzt werden, werde dies der Kategorie „später“ zugeordnet. Die Verwaltung lasse nichts aus der Liste rausfallen, die Themen würden weiterhin mit abgespeichert werden.

Senatorin Hagen ergänzt, dass durch den Bürgerschaftsbeschluss, nach dem Haushalts-Begleitbeschlüsse nach zwei Jahren in den regulären Haushalt übernommen werden sollen, es teilweise tatsächlich dazu kommen könne, dass dafür ein anderes Projekt aus der Liste genommen werden müsse, da dann eine Maßnahme gegen eine andere getauscht werden müsse. Sie gibt an, dass der Ausbau des Meesenrings nicht mehr in die Planung für 2025 aufgenommen werden konnte.

AM Frings erkundigt sich, wie hoch vermutlich das von der Kommunalaufsicht eingeräumte Kreditvolumen ausfallen werde.

Herr Uhlig erläutert, dass dies nicht absehbar sei. In den letzten Jahren habe der Rahmen bei ungefähr 70-75 Mio. Euro gelegen, in diesen Jahren habe die Hansestadt Lübeck aber auch schwarze Zahlen geschrieben.

*Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (20,9 Mio. EUR, Folie 11 der Präsentation).*

Er weist in dem Zusammenhang auf den interaktiven Haushalt hin, dem die einzelnen Maßnahmen und deren Begründungen entnommen werden können.

AM Ramcke fragt, warum die Sandbergbrücke im Haushalt aufgeführt sei, obwohl es dazu gar keinen politischen Beschluss gebe.

Herr Uhlig antwortet, dass es eine fachliche Notwendigkeit mit einem gewissen Planungsstand gebe und die Maßnahme daher mit aufgenommen worden sei.

AM Pluschkell bittet darum, rechtzeitig vor Beschluss des Haushalts den aktuellen Planungsstand zur Sandbergbrücke mitzuteilen.

Frau Schölkopf entgegnet, dass der zuständige Projektleiter für die Sandbergbrücke die Hansestadt Lübeck verlasse und deswegen noch nicht entschieden sei, wie das Projekt weiter fortgeführt werden könne.

Der Vorsitzende bittet darum, keine Einzelprojekte zu diskutieren, sondern den Haushalt, da die Diskussion sonst zu kleinteilig werde.

BM Dr. Flasbarth erkundigt sich, wie viel von dem Budget jeweils für Straßen, Wege und Brücken vorgesehen sei.

*Herr Uhlig sagt eine Antwort bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung zu.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aus dem Haushalt noch nicht ersichtlich sei, welche Förderungen es gebe.

AM Pluschkell möchte wissen, warum die Mühlentorbrücke nicht in der Aufstellung enthalten sei. Außerdem würde er um einen Hinweis bitten, wofür die Investitionskosten in Höhe von 11 Mio. Euro für den ÖPNV und die Stadtwerke vorgesehen seien.

Frau Schölkopf erklärt, dass die Mühlentorbrücke 2025 noch in der Planung sei und der Bau erst 2026 komme. Bevor die Mühlentorbrücke angegangen werde, solle erst die aktuelle Baumaßnahme in der Beckergrube beendet werden.

Herr Uhlig weist auf den interaktiven Haushalt hin. Für die Mühlentorbrücke seien nächstes Jahr 1 Mio. Euro vorgesehen, in den nächsten Jahren noch mehr. Bei den 11 Mio. Euro handle es sich um einen Investitionskosten-Zuschuss für die Stadtwerke. Hierzu gebe es demnächst eine ergänzende Information an die Fraktionsvorsitzenden.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Schulbau (14,5 Mio. EUR, Folie 12 der Präsentation).

Der Vorsitzende fragt, ob die Interimsschulbauten auch im Haushalt enthalten seien.

Herr Uhlig bejaht dies, weist aber darauf hin, dass diese nicht immer als Investitionskosten geführt werden würden. Viele der Container seien gemietet und entsprechend in den Mietausgaben des GMHL enthalten.

AM Pluschkell verlässt die Sitzung und wird durch AM Kohlfaerber vertreten.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hafen (9,7 Mio. EUR, Folie 13 der Präsentation).

Keine Wortbeiträge.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hochbau (4,5 Mio. EUR, Folie 14 der Präsentation).

Keine Wortbeiträge.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehr (5,4 Mio. EUR, Folie 15 der Präsentation).

BM Dr. Flasbarth erkundigt sich, ob schon eingeschätzt werden könne, wie viele Fördermittel für die Feuerwache II akquiriert werden könnten.

Herr Uhlig verneint dies.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Sporthallen, Grün- und Sportflächen (8,4 Mio. EUR, Folie 16 der Präsentation).

AM Ingwersen fragt, wo die drei Maßnahmen seien, die in der letzten Bauausschusssitzung behandelt worden seien, da diese 6 Mio. Euro gekostet hätten.

Senatorin Hagen erklärt, dass in der Präsentation die Maßnahme Tremser Park aufgeführt sei, da die Maßnahme eigentlich noch dieses Jahr starten sollte.

BM Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass die Maßnahme am Tremser Park zur Hälfte konsumtiv sei und daher diese Kosten in der Übersicht der investiven Maßnahmen nicht gelistet werden würden.

Der Vorsitzende und AM Ramcke möchten weitere Informationen zu dem Kinderspielplatz Nizza und dem Quartierspark Kanalstraße.

Herr Wallendzik weist ebenfalls darauf hin, dass die Maßnahme Tremser Park sowohl investiv als auch konsumtiv abgebildet worden sei. Die Verwaltung habe die Bedarfe in den Stadtteilen abgeprüft, bzw. schlage vor, in der Altstadt eine inklusive Spielfläche zu errichten. Das

Kaisertor sei schon lange als Maßnahme in der Planung enthalten, aber mit den Mitteln, die man bislang für eine Grundüberholung eingesetzt habe, sei man nicht ausgekommen. Bei dem Tremser Park wolle die Verwaltung auch die Inklusion vorantreiben, da der Stadtteil deutlich unterversorgt sei. Die Verwaltung plane nicht großzügiger, aber durchgreifender und die angegebenen Zahlen seien alle umsetzbar.

AM Ramcke sagt, dass dies für ihn zusammengefasst so klinge, als solle die Maßnahme Kinderspielplatz Nizza geschoben werden, da erst die Maßnahme Tremser Park beendet werden solle.

Herr Wallendzik berichtet, dass im letzten Bauausschuss kritisiert worden sei, dass die Verwaltung zu schnell vorgegangen wäre und die Politik gerne vorab eine Information bekommen hätte, dass die Maßnahme geplant sei. Daher habe man das Vorhaben zurückgestellt. Die Maßnahme am Tremser Park sei auch nicht mit einer Maßnahme an einem Spielplatz oder einer Generalüberholung eines Spielplatzes gleichzusetzen, sondern sei deutlich umfangreicher.

AM Ramcke führt aus, dass die Projekte alle bereits vorgestellt wurden und terminiert gewesen seien, also gehe er davon aus, dass dazu die Kapazitäten geprüft worden seien. Es sei daher nicht nachvollziehbar, warum die Maßnahme geschoben werden solle, da die Kapazitäten ja offenbar vorhanden seien.

Herr Wallendzik entgegnet, dass die Kapazitäten vorhanden seien, die Politik aber keine Freigabe für die Maßnahmen gebe.

AM Ramcke erklärt, dass der Umstand, dass personelle Kapazitäten vorhanden seien, aber kein Budget, so wirke, als hätten die Mitarbeitenden der Verwaltung jetzt keine Arbeit.

Herr Wallendzik antwortet, dass die Mitarbeitenden auch abseits dieser Projekte eine Vielzahl an Tätigkeiten wahrnehmen müssten.

BM Dr. Flasbarth möchte wissen, ob es bei der Maßnahme Tremser Park nicht sinnvoll sei zu warten, bis es für diese Maßnahme ein Förderprogramm gebe. Außerdem könne er die Priorisierung nicht nachvollziehen, im Hauptausschuss sei bereits darum gebeten worden, ob der Politik eine Priorisierung zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Wallendzik weist darauf hin, dass es teilweise auch um Flächen gehe, bei denen der Bereich Schule und Sport unterstützt werde. Die Begleitung der einzelnen Projekte sei gewährleistet. Die Verfügbarkeit von Fördergeldern sei überprüft worden, aktuell seien keine Förderprogramme vorhanden.

BM Dr. Flasbarth sagt, dass es eine Option sei, eine Maßnahme zu planen und so lange zurückzustellen, bis es ein Förderprogramm gebe, er kenne dies von anderen Verwaltungen. Die Maßnahme sehe geeignet für so ein Vorgehen aus.

Herr Schröder (4.401) erläutert zu den auf Folie 16 aufgeführten Maßnahmen, welche Fördermittel dafür zur Verfügung stünden. Für den Sportplatz Schönböcken gebe es Fördermittel von der Possehlstiftung und vom Land, für das „Haus des Sports (Falkenwiese)“ Fördermittel von der Possehlstiftung, dem Landesportverband S.-H., sowie dem Bund und für die Sportanlage Kalkbrennerstraße gebe es auch Bundes-Fördermittel für die Erneuerung des Flutlichtes.

BM Dr. Flasbarth fragt, warum die Sanierung der Sportanlage Neuhof nicht im Haushaltsentwurf auftaucht?

Herr Schröder (4.401) entgegnet, dass der Bereich Schule und Sport seit drei Jahren ein konkretes Konzept vorliegen habe, die Umsetzung aber mittlerweile 6–7 Mio. Euro kosten dürfte. Leider fördere der Bund seit drei Jahren, sehr zum Ärger aller Kommunen, aber so gut wie keine Projekte zur Sanierung von Sportanlagen mehr. Folglich erscheine es aktuell unrealistisch, die Maßnahme nur mit Eigenmitteln umzusetzen.

Senatorin Hagen berichtet, dass die Verwaltung ein Freiflächenkonzept erstellen wolle, aber noch arbeite man daran. Es sei natürlich schade, wenn einzelne Projekte den konzeptionellen Unterbau überholen würden, aber das Konzept werde noch aufbereitet.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Erschließungsmaßnahmen (14,6 Mio. EUR, Folie 17 der Präsentation).

Der Vorsitzende sagt, dass es ein deutlicher Rückgang beim Erwerb von Grundstücken und Gebäuden geplant sei und will wissen, welche Sondervorhaben es gebe, welche diese Investitionen rechtfertigen würden.

Herr Uhlig antwortet, dass hierzu der Flächenerwerb am Skandinavienkai, Entschädigungszahlungen für auslaufende Erbbaurechtsverträge und der allgemeine Topf für Flächenankäufe gehören würden.

BM Dr. Flasbarth fragt, ob die Flächenverkäufe der Nördlichen Wallhalbinsel bereits enthalten seien.

*Herr Uhlig sagt zu, die Information bis zur Sitzung der Bürgerschaft nachzuliefern.*

Der Vorsitzende konstatiert, dass sich ihm das Auf und Ab bei den Tiefbaumaßnahmen nicht erschließe.

Herr Uhlig erklärt, dass dies vom Baufortschritt einzelner Projekte abhängig sei. Die Erschließung des Bornkamps sei beispielsweise nächstes Jahr mit Kosten in Höhe von 2,7 Mio. Euro abgeschlossen.

Herr Uhlig sagt zu, ausstehende Antworten nachzuliefern und rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

BM Dr. Flasbarth fragt, warum die Maßnahmen aus dem Haushalts-Begleitbeschluss nicht aufgeführt seien.

Herr Uhlig antwortet, dass zu den ergänzenden Beschlüssen mit dem zweiten Quartalsbericht informiert werde, in der Anlage werde auch zu den Haushalts-Begleitbeschlüssen berichtet.

Der Vorsitzende dankt für die Präsentation.

AM Ramcke sagt, dass beim GMHL, Planung und Baudurchführung 1 eine Ingenieursstelle nicht weiter fortgeführt werde. Er wolle den Hintergrund wissen.

*Herr Bunk sagt eine Überprüfung zu.*

Der Vorsitzende bittet darum, die Präsentation den Bauausschussmitgliedern per Mail zuzusenden.

AM Ramcke bittet darum, zeitgleich die Liste mit den Priorisierungen zu verschicken.

Herr Uhlig weist auf die Maßnahmen der Kategorie „später“ hin, die jetzt schon dem Haushalt entnommen werden könnten. Er werde die Liste aber ebenfalls zuliefern.

Der Vorsitzende beantragt, die Vorlage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 4.1 Beirat für Senior:innen: Sozialer Wohnungsbau  
Vorlage: VO/2023/12062**

*Gemäß TOP 1 vertagt.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.1.1 ÄA AM Pluschkell: Kurswechsel in der Wohnungspolitik  
Vorlage: VO/2023/12223**

*Gemäß TOP 1 vertagt.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5 Berichte**

**zu 5.1 Fortschreibung des Berichtes zu Lübecker Kunstrasenplätzen aus dem Jahr  
2018  
Vorlage: VO/2024/13359**

**Bericht:**

Fortschreibung des Berichtes zu Lübecker Kunstrasenplätzen aus dem Jahr 2018 (Baujahr, aktuelle Zustände und Marktentwicklung)

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 6      Anfragen / Antworten / Mitteilungen</b>
--

<b>zu 6.1      Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen</b>
--

<b>zu 6.1.1      Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Bushaltestelle St. Hubertus</b>
--

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024 unter TOP 6.2.13**

AM Dr. Brock fragt, wann eine neue dauerhafte Lösung für den Ersatz der Haltestelle St. Hubertus komme. Frau Metzner weist darauf hin, dass die aktuelle Ausstiegfläche für Menschen mit Rollatoren gefährlich sei und fragt, ob hierzu eine provisorische Lösung eingerichtet werden könne.

**Antwort:**

In weiterführenden Gesprächen mit der Bundespolizei konnte verabredete werden, dass die Errichtung einer Bushaltestelle nördlich oder südlich der Zufahrt ermöglicht werden kann. Bis zum Herbst soll das vorhandene Provisorium ertüchtigt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.2 Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Auswirkungen der Sperrung der Mühlentorbrücke auf den ÖPNV**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 06.05.2024 unter TOP 6.2.4**

1. Welche Auswirkungen hatte Sperrung der Mühlentorbrücke in der 15. Kw auf den ÖPNV? Welche Umleitungen, Fahrzeitverlängerungen und Verspätungen ergaben sich daraus? Welche betrieblichen Maßnahmen waren erforderlich (erhöhter Einsatz von Bussen und Personal)?

2. Wird die Verwaltung die Auswirkungen der Brückensperrung auf den ÖPNV zu analysieren und daraus wirksame Maßnahmen für eine verspätungsresistente Umleitung des ÖPNV für die Dauer des Neubaus der Mühlentorbrücke abzuleiten? Falls ja, wann soll dem Bauausschuss über die diesbezüglichen Planungen berichtet werden?

**Antwort**

Die Linien, die über die Wallstraße führen, hatten Verspätungen aufgrund von erhöhtem Verkehrsaufkommen. Die übrigen Linien wiesen moderate Verspätungen auf. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Vollsperrung in den Osterferien stattfand.

Zu beachten ist, dass die nächste Sperrung parallel mit der Beckergrube stattfindet und deshalb Halteverbote in der Wahnstraße errichtet sowie sämtliche Fahrradbügel in der Wahnstraße / Krähenstraße zwingend abgebaut werden müssen, da sich dann erheblich mehr Busse dort begegnen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.3 Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Satzung zu Ferienwohnungen in der Altstadt**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 15.07.2024 unter TOP 6.2.9**

AM Pluschkell fragt, wann die Verwaltung eine neue Satzung für die Ferienwohnungen in der Altstadt vorlegen wolle, da der Vorschlag der Politik, die B-Pläne kurz zu ergänzen, verwaltungsseitig nicht gewollt war.

**Antwort:**

Die Verwaltung strebt an bis zum 1. Quartal 2025 auf Grundlage des Wohnraumschutzgesetzes des Landes vom 04.07.2024 eine Zweckentfremdungsverbotssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.4 Antwort auf die Anfrage des AM Mauritz (CDU): Protokolle der Unfallkommission**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 01.07.2024 unter TOP 6.2.2**

AM Mauritz fragt, ob die Protokolle der Unfallkommission zur Verfügung gestellt werden können.

**Antwort:**

Die Protokolle der Unfallkommission können durch die Bürgerschaftsmitglieder und die Mitglieder des Bauausschusses in den Räumlichkeiten der Straßenverkehrsbehörde eingesehen werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.5 Antwort auf die Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) zur Städtebaulichen Gesamtmaßnahme Nordwest  
Vorlage: VO/2024/13369**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2024 unter TOP 6.2.5 (VO/2024/13369)**

Wann wird die Städtebauliche Gesamtmaßnahme Nordwest gemäß Informationstermin vom 22. April 2024 im Bauausschuss vorgestellt?

**Antwort:**

Ziel ist es, die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) in Verbindung mit dem Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Ende des Jahres 2024 in die politischen Gremien zu geben.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.6 Antwort auf die Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) zu Stelen in der Jürgen-Wullenwever-Straße**  
**Vorlage: VO/2024/13368**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2024 unter TOP 6.2.4 (VO/2024/13368)**

Wann werden wie vor einem Monat in der 14. Sitzung des Bauausschusses vom 06.05.2024 beschlossen, die straßenbegleitenden Stelen in der Jürgen-Wullenwever-Straße entfernt?

**Antwort:**

Die Stelen wurden Mitte Juli entfernt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.7 Antwort auf die Anfrage des AM Lange (SPD & FW): Anwohnerparksituation in der Goebenstraße**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2024 unter TOP 6.2.11**

AM Lange fragt, welche Maßnahmen geplant seien, um die Parksituation der Anwohner in der Goebenstraße, die auch in der Stadtteilkonferenz St. Gertrud beklagt worden sei, anzugehen.

**Antwort**

Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht besteht hier kein Handlungsbedarf, da sich in unmittelbarer Nähe von der Goebenstraße der Meesenring befindet, der zahlreiche Parkmöglichkeiten bietet. Einen rechtlichen Anspruch auf einen (kostenlosen) Parkplatz in unmittelbarer Nähe zum Wohnort gibt es zudem nicht.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.8 Antwort auf die Anfrage des AM Mauritz (CDU): Parkproblematik Sportplatz Kronsforde**

AM Ingwersen kritisiert, dass die Antwort in keiner Weise zufriedenstellend sei. Der Parkplatz gehöre zwar dem Bereich Schule und Sport, der sei aber nicht für Parkverkehre am Gehwegrand zuständig. Der Kommunale Ordnungsdienst sei wieder eine andere Stelle, die Stadt müsse sich hier intern absprechen.

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 18.03.2024, TOP 6.2.5**

Herr Mauritz berichtet über große Parkprobleme während stattfindender Spiele auf dem Sportplatz Kronsforde. Dort soll auf den Geh- und Radwegen geparkt werden und für gefährliche und behindernde Situationen sorgen. Er bitte um Prüfung und kurze Mitteilung von Möglichkeiten zur Behebung.

**Antwort**

Zuständig ist hier der Bereich Schule und Sport als Eigentümer des Sportplatzes. Der Parkverkehr kann durch den Kommunalen Ordnungsdienst überwacht werden, um das Entstehen von gefährlichen Situationen zu vermeiden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.9 Antwort auf die Anfrage des AM Kristin Blankenburg (SPD & FW): Anfrage zu Markierungsstreifen bei Parkflächen in Wohngebieten  
Vorlage: VO/2024/13271**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 06.05.2024, TOP 6.2.6 und  
Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024, TOP 6.3.2  
(VO/2024/13271)**

Gibt es eine Übersicht über Parkflächen im Wohngebiet, wie auf den Beispielbildern zu sehen sind? (s. Bilder „Beim Stadthof“ und „Storchennest“)

Kann diese Fläche von der Hansestadt Lübeck mit entsprechenden Parkplätzen markiert werden?

**Antwort**

*Gibt es eine Übersicht über Parkflächen im Wohngebiet, wie auf den Beispielbildern zu sehen sind? (s. Bilder „Beim Stadthof“ und „Storchennest“)*

Nein, eine solche Übersicht gibt es nicht.

*Kann diese Fläche von der Hansestadt Lübeck mit entsprechenden Parkplätzen markiert werden?*

Aufgrund von Prioritäten bzw. begrenzten Kapazitäten kann eine mögliche Markierung derartiger Flächen nicht geplant und durchgeführt werden. Abgesehen davon würde ein nicht unerheblicher zusätzlicher Unterhaltungsaufwand entstehen (durch regelmäßiges Nachmarkieren), welcher aufgrund der vorgenannten Punkte nicht zu leisten ist. Die vorhandenen Ressourcen werden für die Erledigung der bestehenden Unterhaltungsarbeiten benötigt. Bei den beispielhaften Flächen sowie allen ähnlichen Situationen geht die Verwaltung von einem nachbarschaftlichen Miteinander beim Beparken dieser Flächen aus.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.10 Antwort auf die Anfrage des AM Jochen Mauritz: Schulwegsicherheit Grundschule Lübeck-Niendorf / Niendorfer Hauptstraße 17-21  
Vorlage: VO/2024/13225**

AM Ingwersen kritisiert, dass er sich mehr erhofft habe. Es gebe auch andere Möglichkeiten außer dem Anlegen eines Zebrastreifens oder eines Fußwegs, um für mehr Sicherheit zu sorgen.

Der Vorsitzende fragt, ob es hier andere Möglichkeiten gebe, die Situation zu verbessern.

Herr Dreilich sagt zu, hierzu in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 06.05.2024, TOP 6.2.7  
(VO/2024/13225)**

Wie lässt sich die Schulwegsicherheit vor der Grundschule Lübeck-Niendorf erhöhen?  
Welche Maßnahmen können kurzfristig umgesetzt werden?

### Antwort

Die Grundschule Niendorf liegt an der Niendorfer Hauptstraße. Im Bereich der Niendorfer Hauptstraße beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. Aus beiden Fahrtrichtungen wird auf die Schule mittels Gefahrzeichen 133 (Fußgänger) und dem Zusatzzeichen „Schule“ hingewiesen. Im April 2022 wurde sich eingehend mit der Schulwegsicherheit vor der Grundschule Niendorf befasst und es ereigneten sich bislang keine weiteren Verkehrsunfälle. Aktuell liegen weder der Polizei noch der Straßenverkehrsbehörde Beschwerden vor. Die Sichtweiten wurden für die Querung der Straße zur Bushaltestelle und zurück berechnet und sind bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h ausreichend. Die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs wird aktuell geprüft. Eine erforderliche Verkehrszählung muss noch durchgeführt werden. Weiter wird auch eine sichere Querung in der Niendorfer Straße geprüft, so dass es einen sicheren Schulweg aus Richtung Moisling in Richtung Schule Niendorf und zurück gibt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 6.1.11 Antwort auf die Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Parkverbote Lämmerstieg und Schwalbenweg

#### Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024, TOP 6.2.8

AM Blankenburg sagt, dass aktuell im Lämmerstieg und ab dem 06.06.2024 im Schwalbenweg Parkverbote ausgeschildert seien. Sie habe nicht herausfinden können, welche Maßnahmen dort umgesetzt werden können und in dem Gebiet herrsche ein hoher Parkdruck, weswegen sie wissen wolle, welche Maßnahmen dort umgesetzt werden würden und ob sich diese gegenseitig bedingen würden.

### Antwort

Bei beiden Maßnahmen handelte es sich um Arbeiten am Leitungsnetz für die TraveNetz GmbH, im Lämmerstieg 52 im Bauzeitraum vom 06.06. bis zum 19.06.2024 und im Schwalbenweg 22-24 im Bauzeitraum vom 03.06. bis zum 17.06.2024. Die Arbeiten sind in beiden Fällen mittlerweile abgeschlossen.

In der Regel handelt es sich bei solchen Anträgen um Hausanschlüsse für Anwohnende. Für derartige Bauarbeiten wird gerade in Bereichen mit hohem Parkdruck, ein Haltverbot benötigt, damit die Arbeiten ausgeführt werden können. Zwischen Lämmerstieg 52 und Schwalbenweg 22 befinden sich diverse weitere Parkmöglichkeiten. Des Weiteren stand auch das

öffentlich zugängliche Parkhaus des UKSH in der Ratzeburger Allee zur Verfügung. Einen rechtlichen Anspruch auf einen (kostenlosen) Parkplatz in unmittelbarer Nähe zum Wohnort gibt es zudem nicht.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.12 Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Regenentwässerung Schleusenstraße**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.06.2024, TOP 6.2.12**

AM Dr. Brock weist darauf hin, dass die Regenentwässerung in der Schleusenstraße unzureichend sei und ob das Problem gelöst werden könne.

**Antwort:**

Die Straßenentwässerung liegt in der Verantwortlichkeit der Entsorgungsbetriebe Lübeck. Es ist von Seiten der EBL geplant die notwendigen Kanalbauarbeiten ab 2026 auszuführen. Derzeit wird die Planung erarbeitet.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.13 Antwort auf die Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) zu Parkplätzen in der Fisch- und Braunstraße  
Vorlage: VO/2024/13355**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2024 unter TOP 6.2.3 (VO/2024/13355)**

In der 15. Sitzung des Bauausschusses vom 03.06.2024 wurde mündlich mitgeteilt, dass in der Fischstraße und in der Braunstraße nach dem Hansekulturfestival die Anwohnerparkplätze entfallen. Als Ersatz wurde auf die Parkplätze an der MUK verwiesen.

Gemäß Pressestelle und HL-Live soll in der Braunstraße zwischen den Hausnummern 7 und 11 jetzt und künftig kein Parken zulässig sein.

Gemäß HL Live entfallen nach dem Hansekulturfestival die Parkplätze in der Fischstraße. Als Ersatz wird auf Parkflächen an der MUK hingewiesen wie auch die Möglichkeit von nahe-  
liegenden privaten Tiefgaragen oder Parkhäusern.

Wieviel (Anzahl) Parkplätze entfallen in der Braunstraße? Wieviel (Anzahl) Parkplätze entfallen in der Fischstraße? Wieviel freie Parkplätze stehen zur Anmietung in der Tiefgarage (Straße?) und im Parkhaus (Straße?) zum monatlichen Preis von ? Euro zur Verfügung? Wieviel freie Parkplätze stehen an der MUK zum ganztägigen freien Parken zur Verfügung?

**Antwort:**

In der Braun- und Fischstraße entfallen jeweils ca. 6 Parkplätze.

Informationen zur Kapazität/Preise der Tiefgarage und der Parkhäuser liegen nicht vor.

Bei einer Internetrecherche konnte ermittelt werden, dass das Parkhaus St. Marien freie Kapazitäten für Dauerparker zum monatlichen Preis von 184,45 Euro hat. Das Parkhaus Am Holstentor (KWL GmbH) hat ebenfalls freie Kapazitäten zum monatlichen Preis von 85,00 Euro. An der Drehbrücke (KWL GmbH) gibt es einen Dauerstellplatz zum monatlichen Preis von 44,80 Euro.

Die aktuelle Auslastung der Parkplätze an der MUK kann unter KWL GmbH Parken Lübeck (parken-luebeck.de) abgerufen werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.1.14 Antwort auf die Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Ersatzneubau Geh- und Radwegbrücke Dornbreite**

**Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2024 unter TOP 6.2.9**

AM Blankenburg erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Ersatzneubaus der Geh- und Radwegbrücke Dornbreite. Es habe dort ein Schild mit einer Darstellung des Zeitrahmens gegeben, dies wurde aber leider abgerissen und die Frist der Baumaßnahme sei ebenfalls überschritten.

**Antwort:**

Die Geh- und Radwegbrücke ist am Freitag, den 14.06.2024 für den Verkehr freigegeben worden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## zu 6.2 Neue Anfragen

### zu 6.2.1 Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Tourismusentwicklungskonzept

#### Anfrage:

AM Dr. Brock sagt, dass im Tourismusentwicklungskonzept Lübeck-Travemünde 2030 auf Seite 89 erwähnt sei, dass ein qualitatives Hotel-Entwicklungskonzept erstellt werden solle. Er wolle wissen, ob es das Konzept gebe.

#### Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 6.2.2 Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Hotelentwicklung aus städtebaulicher Sicht

#### Anfrage:

AM Dr. Brock bittet darum, in einer der nächsten Sitzung zu den städtebaulichen Vorstellungen zur Hotelentwicklung, auch auf der Altstadtinsel, zu berichten.

#### Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.3 Anfrage des AM Wisotzki (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): PV-Anlagen in B-Plan-gebieten**

**Anfrage:**

AM Wisotzki weist auf eine Anfrage zur Veränderung von B-Plänen, die die Errichtung von PV-Anlagen negieren hin, und bittet um eine Information zum Sachstand.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.4 Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Radwege in der Roeckstraße und Jürgen-Wullenweverstraße**

**Anfrage:**

AM Dr. Brock fragt, was mit den aufgebrochenen Radwegeresten in der Roeckstraße und der Jürgen-Wullenwever-Straße vorgesehen sei. Er hofft, dass der aktuelle Zustand nicht so bleiben soll.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.5 Anfrage des AM Sellerbeck (CDU): Parkhaus auf der Mittleren Wallhalbinsel**

**Anfrage:**

AM Sellerbeck bittet um einen aktuellen Sachstand zur Standortsuche für ein Parkhaus auf der Mittleren Wallhalbinsel. Er habe ein konkretes Investoreninteresse vernommen.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.6 Anfrage des AM Ingwersen (CDU): Sachstand Ringstraße Travemünde**

**Anfrage:**

AM Ingwersen bittet um einen aktuellen Sachstand zur beschlossenen Ringstraße in Travemünde, die den Gneversdorfer Weg und den Baggersand beinhalte.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.7 Anfrage des AM Ingwersen (CDU): Sachstand 2. Anbindung Travemünde**

**Anfrage:**

AM Ingwersen bittet um einen Sachstand zur 2. Anbindung Travemünde, insbesondere angesichts des Umstands, dass die Buslinien in Zukunft nicht mehr geführt werden können, wie es aktuell der Fall ist.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.8 Anfrage des AM Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bericht zum Verkehrsversuch**

**Anfrage:**

AM Ramcke fragt, wann der Bericht zum Verkehrsversuch Fackenburger Allee vorgestellt werden soll.

**Antwort:**

Senatorin Hagen erklärt, dass der Bericht in der Zielabstimmung sei und in einer der nächsten Sitzungen in den Bauausschuss gegeben werde.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung**

**zu 6.4 Sonstige Mitteilungen**

**zu 6.4.1 Sitzungstermine Bauausschuss 2025  
Vorlage: VO/2024/13460**

*Die Sitzungstermine des Bauausschusses 2025 können der beiliegenden Vorlage VO/2024/13460 entnommen werden.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 AM Christopher Lötsch: Einplanung Sanierung Wesloer Straße in 2025  
Vorlage: VO/2024/13202**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Frau Kayser, der Vorsitzende, AM Ramcke und Herr Dreilich.

Frau Kayser weist darauf hin, dass der Radweg Wesloer Landstraße erst in 2026 angegangen werden könne, da hierfür Sperrungen der Wesloer Landstraße notwendig seien, welche 2025 aufgrund der Bauarbeiten an der Schlutuper Straße nicht möglich seien.

**Antrag:**

Im Bereich Wesloer Landstraße ist in diesem Jahr die Fahrbahnsanierung mit dem DSK-Verfahren vorgesehen.

In dem Zuge wird der Fuß- & Radweg im Bestand und ohne weitere Anpassungen notwendiger Breiten ebenfalls saniert.

Eine vergleichbare Situation ist ebenfalls in Schlutup in der Wesloer Straße vorzufinden. Die Fahrbahnoberfläche hat ebenfalls einen bedenklichen Zustand erreicht, so dass eine Sanierung (wenn möglich im DSK-Verfahren) auch hier dringend notwendig erscheint. Die (ehem.) Radwegoberfläche ist massiv sanierungsbedürftig. Radfahrer werden derzeit auf die Fahrbahn geführt, was insbesondere für Kinder und ältere Menschen zeitweise eine besondere Gefährdung mit sich bringt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung in der Wesloer Straße für 2025 einzuplanen und auch hier - unter Anwendung gleicher Maßstäbe und Begründungen wie in der Wesloer Landstraße - den vorhandenen ehemaligen Radweg ebenfalls zu sanieren und diesen dann anschließend wieder als Radweg (aber ohne Benutzungszwang) auszuweisen.

Die Verwaltung wird weiterhin gebeten, für den Fall das Mittel und Kapazitäten frei sind, mit der Maßnahme noch 2024 zu beginnen.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss im Mai 2024 über die weiteren Planungen zu informieren.

**Anmerkung des Bereich Recht zur Niederschrift:**

Es wird darauf hingewiesen, dass die Formulierung im dritten Absatz des Beschlusses „Die Verwaltung wird beauftragt...“ den Eindruck erweckt, als solle es sich um eine verbindliche Vorgabe an die Verwaltung handeln. Für eine solche verbindliche Entscheidung fehlt dem Bauausschuss jedoch die Kompetenz. Daher ist klarstellend darauf hinzuweisen, dass es sich nur um eine Bitte an die Verwaltung handelt, wie in den Absätzen 4 und 5 auch formuliert.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.*

**zu 7.2 Antrag des AM Claas Lamaack (Unabhängige Volt-PARTEI): Prüfung zur Einführung eines Park and Ride Konzepts für Travemünde während der Hauptsaison**  
**Vorlage: VO/2024/13440**

AM Frings übernimmt den Antrag und begründet ihn.

**Antrag:**

Der Bauausschuss empfiehlt der Bürgerschaft folgende Beschlussfassung:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung eines Pop Up-Parkplatzes in Travemünde zu prüfen, um bei Bedarf in der Hauptsaison einen temporären Pop Up-Park and Ride Service einzurichten.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.*

**zu 7.3 Dringlichkeitsantrag Fraktion SPD & FW: Änderung des B-Plans 32.41.00 Moorredder / Fehlingstraße**  
**Vorlage: VO/2024/13534**

*Gemäß TOP 1 vertagt.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X

	Ohne Votum	
--	------------	--

**zu 7.4 Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet Glashüttenweg 33-35  
Vorlage: VO/2024/13508**

AM Frings übernimmt den Antrag.

Hierzu reden der Vorsitzende, AM Frings und AM Kohlfaerber.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 7.4 unter der Maßgabe zu vertagen, dass die Verwaltung zu der Frage der verkehrlichen Belastung durch das Logistikunternehmen für das Quartier in der nächsten Sitzung berichten solle.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

**Antrag:**

Der Bürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, inwieweit ein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den bisher nicht überplanten Bereich Glashüttenweg 33-35 eingeleitet werden kann.

Ziel der Planung sollte es sein, die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine gebietsverträgliche, gewerbliche Nutzung festzulegen. Dabei wären die kleinteiligen gewerblichen Strukturen und die begrenzte verkehrliche Leistungsfähigkeit der Zubringerstraßen zu berücksichtigen.

Vor Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB zu einem Bauantrag ist dem Bauausschuss ein schriftlicher Bericht vorzulegen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.5 Antrag des AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes im Stadtteil Travemünde  
Vorlage: VO/2024/13509**

Herr Schröder (5.610) erklärt, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung hierzu gerne einen Vorschlag unterbreiten würde. Zeitlich sei eine Vertagung kein Problem.

AM Frings weist darauf hin, dass der Antrag bereits in der letzten Sitzung vertagt worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm die Versicherung der Verwaltung, dass es zeitlich kein Problem gebe, ausreiche.

AM Frings stimmt einer Vertagung seines Antrags zu.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 7.6 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Grundsatzbeschluss Monitoring Vorlage: VO/2024/13531</b>
--

Der Vorsitzende leitet in das Thema ein.

Senatorin Hagen führt aus, dass die Verwaltung sich Gedanken gemacht habe, wie dem Wunsch nach mehr Information entsprochen werden könne, ohne einen Mehraufwand zu verursachen, der die Abarbeitung der eigentlichen Themen blockiere. Daher solle das bestehende Berichtswesen des Bereichs Haushalt und Steuerung, welches maßgeblich durch den Fachbereich Planen und Bauen mitgestaltet werde, zukünftig auch dem Bauausschuss zur Kenntnis gegeben werden. Dadurch werde dem Bauausschuss laufend zum aktuellen Haushalt und zum Umsetzungsstand der Haushaltsbegleitbeschlüsse berichtet, ohne einen höheren Arbeitsaufwand zu verursachen. Daneben ist es bereits beschlossen, dass die Verwaltung zu den Geh- und Radwegen berichten solle. Der entsprechende Bericht werde demnächst den Gremien vorgelegt. Zusätzlich wolle die Verwaltung halbjährlich zu dem aktuellen Sachstand der B-Planverfahren berichten und einmal im Jahr die abgeschlossenen Maßnahmen des Masterplan Straßen vorstellen. Weiterhin gebe es das Thema der offenen Anfragen und Anträge des Bauausschusses. Hierzu führe der Fachbereich eine interne Liste, in der die Anfragen und Anträge ab der aktuellen Wahlperiode enthalten seien, welche ebenfalls halbjährlich dem Bauausschuss zur Verfügung gestellt werden kann. Zudem gehe es in dem Antrag von AM Ramcke um weitergehendes, wie die Priorisierung von Anfragen und Anträgen. Die Verwaltung priorisiere hier grundsätzlich nicht, da die Ausschussmitglieder gleiche Informations- und Auskunftsrechte hätten, und Beschlüsse gleichermaßen verbindlich seien. Einige Aufträge könnten allerdings schneller abgearbeitet werden als andere, teilweise hätten diese auch ein sehr unterschiedliches Prüfniveau. Die Verwaltung sage zu, die Liste zweimal im Jahr zur Information der Ausschussmitglieder zu versenden. Falls ein Ausschussmitglied eine alte Anfrage nicht mehr für wichtig halte, können dieses auch gerne Bescheid geben, damit die Verwaltung sie von der Liste nehmen könne.

AM Wisotzki begrüßt den Vorschlag. Er sehe es nur kritisch, wenn Anfragen, die ein bis zwei Jahre alt seien, noch offen wären.

AM Ramcke bittet angesichts des vorgeschlagenen Vorgehens der Verwaltung darum, das Prozedere im Protokoll festzuhalten und zieht seinen Antrag zurück.

BM Dr. Flasbarth bittet darum, in Zukunft, wo es möglich ist, Meilensteine oder Fristen anzugeben, wenn ein Auftrag nicht direkt abgearbeitet werden kann oder nach aktuellen Sachständen gefragt werde.

**Antrag:**

Die Bauverwaltung erstellt vom gesamten Fachbereich 5 jeweils in der ersten Ausschusssitzung eines jeden Quartals, eine nach Abteilungen und interner Priorität sortierte, fortlaufende Liste mit allen nicht abgeschlossenen politischen Beschlüssen und stellt diese im Rahmen einer Präsentation im Ausschuss vor. Die Liste soll Aufschluss über folgende Informationen geben:

- Nummer der Vorlage
- Titel der Vorlage
- Beschlusszeitpunkt
- zuständige Abteilung
- Verwaltungsseitige Einschätzung bezüglich Notwendigkeit & Priorität
- Geplante Bearbeitungsdauer und dafür notwendigen VZÄ (damit Politik auch ein Gefühl von dem damit einhergehenden Aufwand bekommt)
- Geplante Umsetzung (Haushaltsjahr und Produktkonto)
- Bearbeitungsstand (aktiv / inaktiv),
- Geplante Fertigstellung / Beantwortung / Abschluss der Aufgabe (Haushaltsjahr)
- Abhängigkeit mit weiteren Verfahren, wenn ja mit welchen?
- Ampel Projektstatus zzgl Erläuterungen (siehe Bericht von „Haushalt und Steuerung“ für den Hauptausschuss)

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Antragsteller hat seinen Antrag zurückgezogen.*

**zu 8      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 18:33 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18:35Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Schröder (4.401) und Herrn Schröder (5.610) gebeten.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

<b>zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
---

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:00 Uhr.

Lübeck, den 13. Dezember 2024

Dr. Ulrich Brock  
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff  
Protokollführung